

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Kubchnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im

Amtsgerichtsbezirk

Nr. 296

Samstagsausgabe
im Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang
Freitag, den 20. Dezember

Wöchentliche Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk

1918.

Das Kontowahlverfahren über den Nachlaß der am 9. Mai 1916 in Lichtenstein verstorbenen Ida Wilhelmine Eberbach geb. Metzger wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.
Lichtenstein, den 17. Dezember 1918.

Das Amtsgericht.

Fleischverkauf

Freitag, den 20. Dezember bei Gärtig, Schubert und Schramm.
160 Gramm für Erwachsene Fleisch
80 Gramm für Kinder unter 6 Jahren und Wurst.

Softwirts und Kellner nur bei Michael.

Die Fleischentnehmer bei Gärtig haben in nachstehender Nummernfolge zu kommen:

Nr. 301-350 vorm. 8-9 Uhr, Nr. 351-400 vorm. 9-10 Uhr, Nr. 1-50 vorm. 10-11 Uhr, Nr. 51-100 vorm. 11-12 Uhr, Nr. 101-150 nachm. 1-2 Uhr, Nr. 151-200 nachm. 2-3 Uhr, Nr. 201-250 nachm. 3-4 Uhr, Nr. 251-300 nachm. 4-5 Uhr.

Pferdefleisch

Freitag, den 20. Dezember, 1/2 Pfd. für 90 Pfg. auf Lebensmittelkarte A. Nr. 2401-2650 vorm. 1/9-1/10 Uhr, Nr. 2651-Schluß vorm. 1/10-1/11 Uhr, Nr. 1-300 vorm. 1/11-1/12 Uhr, Nr. 301-500 vorm. 1/12-12 Uhr.

Ordnungsbekanntmachung und Arbeiterrat für Gallenberg.

Ausgabe neuer Fleischbezugsausweise in Gallenberg

auf die Zeit vom 23. Dez. 1918 ab gegen Vorlegung der Brotmarkenbezugskarte erfolgt Freitag, den 20. Dezember.

Die Ausweise sind spätestens bis Sonnabend, den 21. Dezember, abends 6 Uhr bei demjenigen Fleischer abzugeben, von dem der Versorgungsberechtigte innerhalb der kommenden Wochen seine Fleischwaren zu beziehen wünscht. Ausgabe der Karten erfolgt auf Nr. 1-200 vorm. 8-9 Uhr, Nr. 201-450 vorm. 9-10 Uhr, Nr. 451-700 vorm. 10-11 Uhr, Nr. 701-Schluß vorm. 11-12 Uhr.

Der Bürgermeister.

R.-B.-Nr.: 478. Ko.
Bezirksverband.

Kohlenbezug.

Der Morgenkernsacht in Zwickau kann bis Ende dieses Monats keine Kohlen mehr an den Versorgungsbezirk Glauchau abgeben. Anfragen und Fahrten dorthin würden zwecklos sein.

Glauchau, am 17. Dezember 1918.
Amtshauptmann Freiherr von Weld.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes Schiffer hat bereits Mitteilung von der bevorstehenden großen Kriegsabgabe gemacht. Der Ertrag dieser Abgabe wird auf 30 bis 50 Milliarden geschätzt.

* Französische Zeitungen fordern weitere Anhebung Deutschlands nicht nur durch Besetzung der neutralen Zone nördlich Köln, sondern auch durch Besetzung der linksrheinischen Gebiete. Auch würden die Franzosen Polens Forderung auf Polen und Oberschlesien unterstützen, daß natürlich auch die tschechischen Forderungen auf alle deutsch-böhmischen Gebiete bei den Franzosen wohlwollende Förderung finden, sei nur nebenbei erwähnt.

* Die französischen Blutopfer dieses Krieges werden auf 1 800 000 geschätzt.

* Der Streik im Ruhrgebiet dehnt sich aus, die Belegschaften werden ohne ihren Willen von den Spartakusleuten zur Arbeitsniederlegung gezwungen. — Das ist die vielgepriesene Freiheit der Volksherrschaft!

* Die Vorfriedensverhandlungen sollen am 17. Januar unter Vorsitz Clemenceaus beginnen.

* Die Herren Italiener sind dagegen, daß Deutschland wieder Kolonialbesitz erhält.

* Sowjettruppen plündern deutsche Truppen aus. Die deutsche Regierung erhebt Protest dagegen. — Das wird auch viel helfen!

* Die Willkür wächst. Die A- und E-Karte Groß-Berlins greifen auch in Gerichtsverfahren ein.

* In den Berliner Betrieben von Scherl, Ullstein und Rosse ist ein Buchdruckerstreik wegen großer Lohnforderungen ausgebrochen, die betr. Zeitungen können nicht erscheinen.

* „Progres de Lyon“ meldet aus Mex: Am Abend des 8. Dezember wurden nach der Weise des Präzidenten Boincarre etwa sechs Geschäfte geplündert. Einer Meldung des Gouverneurs von Mex zufolge sollen Deutsche (?) an den Unruhen teilgenommen haben. Sie sollen vor ein Kriegsgericht gestellt und wegen Plünderung zur Zwangsarbeit (?) verurteilt werden. — Französische Ungehörlichkeiten!

* Kriegsminister Scheidt erklärte einem Vertreter der „Nationalzeitung“ über seinen Rücktritt, daß für ihn die unaufhörlichen Verleumdungen und Herabsetzungen des Offizierkorps maßgebend waren. Mit Herrn Gölre sei er stets gut ausgekommen. Auch hätten zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Kriegsminister niemals persönliche Differenzen bestanden.

* Die „Times“ melden aus London: Die englische Regierung verbot dem englischen Oberkommando, mit Arbeiter- und Soldatenräten oder mit den von ihnen eingesetzten Volksbeauftragten des Deutschen Reiches zu verhandeln.

Die Reichskonferenz der A- und E-Karte.

Berlin, den 18. Dezember.

Die Beratungen kamen auch heute nicht vorwärts, sie befaßten sich in der Hauptsache mit den Anträgen der Garderegimenter, wurden aber wiederholt durch erschienenen Arbeiterabordnungen, die Gehör forderten, gestört. Zum Schluß wurde über die vorletzten Anträge abgestimmt.

Ein Antrag, der bürgerlichen Presse nur 4 Prozent Verzinsung ihres Anlagekapitals, den Rest der Reichskasse zu überweisen, wird dem Volkstagsrat überwiesen. Angenommen wird ein Antrag auf Entlassung der Generalinspektion, baldige Befreiung der Kriegsgefangenen, Uebertragung der geschädigten und Exekutivgewalt auf den Rat der Volksbeauftragten bis zur Nationalversammlung. Ueberwachung des Reichs- und preussischen Kabinetts, Befehls- und Absetzungsrecht der Reichs- und Landesämter durch die Volksbeauftragten. Angenommen wird weiter ein Antrag, daß dem Volkstagsrat die Klassenlegung der Arbeiter- und Soldatenräte vorzulegen ist. Dagegen wird ein Antrag, nach welchem der Kongreß erklärt, daß die Tätigkeit der Volksbeauftragten auf eine inkonsequente Vernichtung der Macht der A- und E-Karte hinausläuft und dadurch zur Stärkung der Gegenrevolution dient, gegen etwa 20 Stimmen abgelehnt. Desgleichen Anträge, die die sofortige Aufhebung des Grenzschutzes fordern.

Ein Notsschrei des „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht über die Vorgänge auf dem Reichskongreß der A- und E-Karte in der Dienstadttagung einen Notsschrei, in dem es u. a. heißt:

So geht es nicht weiter! Das Vorgehen der äußeren Linken scheint darauf gerichtet zu sein, den Kongreß zu sprengen, weil er eine Mehrheit hat, die ihr nicht gefällt, und weil er Beschlüsse fassen könnte, die ihr nicht in den Kram passen. Es muß offen ausgesprochen werden: Es besteht heute die Gefahr, daß der ganze Regierungsapparat sich auflöst, die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen abgebrochen werden, weil eine verhandlungsfähige deutsche Regierung nicht besteht und daß ganz Deutschland von den Verhandlungsgruppen besetzt wird. Nur um dies zu verhindern, halten die Sozialdemokraten in der Regierung aus. Jeder noch Denkfähige wird aber gebeten, zu überlegen, was es bedeuten würde, wenn die Sozialdemokraten angesichts der Unmöglichkeit, die Geschäfte weiterzuführen, ihre Ämter niederlegen würden! Was dann über uns hereinbricht, vermag keine Phantasie auszumalen.

Der Kongreß muß sich gegen die Wiederholung solcher Ueberreichungseffekte schützen, was vielleicht am

besten dadurch geschieht, daß das Verfügungsrecht über das ganze Haus und seine nächste Umgebung dem Präsidium übertragen wird. Es muß der Termin zu den Wahlen der Nationalversammlung in einer unbeflügelten Abstimmung festgesetzt, es muß der neue Zentralrat gewählt werden, der den Volkstagsrat zu ersetzen hat.

Wird etwa beabsichtigt, den Kongreß an der Fällung dieser wichtigen Beschlüsse nach seinem Willen zu verhindern? Die Regierung gegen den Willen des Volkes und des Kongresses zum Rücktritt zu zwingen? Es wäre Schmach und Schande, und namenloses Unglück für unser ganzes Volk, wenn das gelänge! Bräuche es über uns herein, so würden die Schuldigen vom ganzen Volk zur Verantwortung gezogen werden! Wenn ein Rest von Gewissen, ein Rest von Liebe zu unserem schwer leidenden, arbeitenden Volk in ihnen noch vorhanden ist, mögen sie die Folgen bedenken!

Die Forderungen der sächsischen Mehrheitssozialisten.

Eine außerordentliche Landeskongferenz der sächsischen Sozialdemokraten, die im Volksbause zu Dresden tagte, hat, wie das „S. T.“ berichtet, einstimmig folgenden Beschlus angenommen:

Die erweiterte Landesleitung der sozialdemokratischen Partei Sachsens, an der beteiligt sind der Landesvorstand, die Bezirksvorstände, Vertreter des Gewerkschaftsrates, die sozialdemokratischen Mitglieder des Landtages, die sozialdemokratischen Vertreter Sachsens im Reichstags und die Vertreter der 23 sächsischen Wahlkreise fordert:

1. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung sind zu beschleunigen, daß der Zusammentritt noch im Januar erfolgen kann.

2. Für Sachsen ist eine konstituierende Versammlung auf Grund allgemeiner Volkswahlen einzuberufen, und zwar mit solcher Beschleunigung, daß die Wahlen zugleich mit den Wahlen für die Nationalversammlung des Reiches vorgenommen werden können.

3. In der Einheit der deutschen Gebiete ist gegenüber den auf Losreißung und Perfidierung gerichteten Bestrebungen mit aller Entschiedenheit festzuhalten.

Entschließung des Landeskulturrates.

Im Anschluß an die diesjährige Gesamtsitzung des Landeskulturrates, die am Montag in Dresden stattfand, wurde nach lebhafter Aussprache über alle die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft beleuchtenden Fragen folgende Entschließung angenommen: Unser deutsches Vaterland ist in seinem Grundbesitz erschüttert, Not und Elend greifen unheimlich um sich. Nur die sofortige Wiederherstellung geordneter Zustände kann uns noch vor dem Untergang

behalten. In dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens wird die Landwirtschaft in hervorragender Weise beteiligt sein. Sie vermag aber nur zu gedeihen, wenn Ruhe und Sicherheit überall im Lande herrschen. Es muß deshalb auf das Eindringen fremder Kräfte verworfen werden, in einer Zeit, in der die Anspannung aller Kräfte dringend notwendig ist, gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen, die die gegenwärtige Verfassung der Landwirtschaft grundlegend ändern. Die Landwirtschaft braucht mehr als andere Berufsstätigkeiten. Das was für die Landwirtschaft gilt, gilt auch für den dazu gehörigen Gartenbau. Der Landwirtschaftsminister begrüßt es jedoch, wenn in Zukunft der inneren Kolonisation ein erhöhtes Augenmerk zugewendet wird, um damit allen, die den festen Willen haben, landwirtschaftliche Tätigkeit dauernd auszuüben, sowie die Befähigung dazu nachzuweisen, das erforderliche Land zur Verfügung zu stellen. Das Ziel einer solchen Kolonisation muß sein, eine gesunde Mischung aller Ständen herbeizuführen. Die größte Sorge bereitet der Landwirtschaft die Verteilung der Arbeitsverhältnisse. Der Landwirtschaftsminister spricht die bestimmte Erwartung aus, daß bei Festlegung der neuen Bestimmungen die Eigenart der Landwirtschaft nicht außer acht bleibt. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind in ihrer Mehrzahl klein, eine große Anzahl einheimischer Arbeiter anzunehmen und darauf zu beschäftigen. Sie müssen aber durch entsprechende Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in die Lage versetzt werden, die Lohnforderungen der Arbeiter auch bewilligen zu können, ohne dem wirtschaftlichen Ruin entgegenzugehen. Wenn die Landwirtschaft ihre Betriebe in kürzester Zeit zur höchsten Leistungsfähigkeit bringen soll, sind ihr möglichst große Mengen von Betriebsmitteln aller Art, namentlich Zugvieh, Maschinen, Düngemittel und Futtermittel, sowie Saatgut zuzuführen zu belassen. Unter allen Umständen hat die Erzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse vor den notwendigen Betriebsmitteln, zu denen in erster Linie die Nahrungsmittel für das Wirtschaftspersonal gehören, Vorrat zu machen. Das größte Hindernis für eine sachgemäße Betriebsführung ist die zwangsläufige Kriegswirtschaft. Sie ist mit Beginn des neuen Jahresjahres aufzuheben. Der Landwirtschaftsminister hält sich mit seinen Einrichtungen in den Dienst des Vaterlandes. Der Mißtraue und Unterstützung der landwirtschaftlichen Bevölkerung Sachsens ist er sich dabei bewußt.

Minister Bud über die Neuerungen im Schulwesen.

Kultusminister Bud sprach am Sonntag in dreißigjähriger Rede in seiner Vaterstadt Bautzen über die Revolution und die Aufgaben der Lehrerschaft. In seinen letzten Mitteilungen trafen wir noch folgendes nach: Das Kultusministerium wird im Januar ein eigenes Verordnungsblatt herausgeben, das es auf schnellstem Wege die Verordnungen den Bezirksinspektoren, den höheren Schulen und den Schulleitern zugehen läßt. Gegenwärtig besteht ein Uebelstand an Lehrkräften. Von 1950 Angeboten können nur knapp 900 Stellen besetzt werden. Den aus dem Kriegsdienst zurückkehrenden Lehrern soll, bevor sie das Amt antreten, ein angenehmer Empfang gewährt werden. Bis zur Verordnung über Verpflichtung der ständigen Lehrer soll von einer Verpflichtung abgesehen werden, um eine Verzögerung in der Anstellung zu vermeiden. Um möglichst viele Lehrern unterzubringen, soll besonders Nachhilfeunterricht durch die Gemeinden erteilt werden, sollen min-

destens zwei Lehrer in Dorfschulen sein usw. Finanzschwachen Gemeinden sollen hierzu Staatsbeiträge gewährt werden. Der gleiche Uebelstand an wissenschaftlichen Lehrern besteht in den höheren Schulen, da dort noch eine Abnahme der Schülerzahl bevorsteht, weil viele Familien nicht mehr in der Lage sind, ihre Kinder auf höhere Schulen zu schicken. Er habe viele Zuschriften erhalten (in welchen die sofortige Beilegung des gesamten Religionsunterrichtes gefordert wird. Demgegenüber sei zu erwägen, daß planloses Eingreifen schmerzende Wunden hinterläßt. Es könne nur geschickten durch Uebereinstimmung mit den anderen Bundesstaaten, und verankert im Gesetz, das nur durch die Nationalversammlung geschaffen werden könne. Das gelte auch von der Frage der Trennung von Kirche und Staat. In dieser Sache habe er sich an das preussische Kultusministerium gewandt und zwecks Uebereinstimmung zu einer Zusammenkunft sämtlicher Volksbeauftragter des Reiches eingeladen. Weiter gab er finanzielle Hilfen für die Kunstlehrer bekannt. Sämtliche Lehrer Sachsens sollen noch im Dezember einmalige Teuerungszulagen im Sinne der Zulagen im September erhalten. Dem Kultusministerium des Reiches und öffentlichen Unterrichts wird von Neujahr 1919 an ein technischer Beirat zur Seite stehen, gewählt aus der Berufsorganisation der sächsischen Lehrerschaft. Der sächsische Lehrerverein hat drei geeignete Schulmänner vorgeschlagen, aus denen das Kultusministerium einen auswählen wird. Eine gleiche Maßnahme ist für die Bezirksschulinspektoren des Landes geplant.

Die Verschmelzung der Liberalen in Sachsen.

Leipzig. Der geschäftsführende Ausschuss des Nationalliberalen Landesvereins und der Vorstand des Landesverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei hielten gestern in Leipzig eine gemeinschaftliche Sitzung ab, in der die Verschmelzung der beiden liberalen Parteien Sachsens mit der Deutschen demokratischen Partei vorbehaltlich der Zustimmung der noch ansitzenden Parteinstanzen beschlossen wurde. Als Sitz der neuen Partei wurde Leipzig bestimmt. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten wurden die Minister a. D. Nischke (Leipzig-Leubach), Gantner zum stellvertretenden Vorsitzenden mit gleichen Rechten, Rabitzsch (Leipzig) und Abgeordneter Krehl u. zum Schatzmeister Bankier W. Helm Meyer bestellt.

Die bedrohte rechtsrheinische Industrie.

Spaa, 16. Dez. Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien, der an den Verhandlungen der Wirtschaftskommission in Spaa teilnimmt, berichtet: Die Franzosen treffen Maßnahmen und stellen Forderungen, die für das Wirtschaftsleben in den besetzten und rechtsrheinischen Industriegebieten verhängnisvoll werden müssen. Der Verkehr ist von ihnen insoweit gesperrt, daß Rohstoffe und Waren wohl von der rechten nach der linken Rheinseite, nicht aber umgekehrt befördert werden dürfen. Die rechtsrheinische Industrie muß, wenn sie arbeiten will, Erze und Stahl aus Lothringen und von der Saar, und Braunkohlen und Braunkohlenbriketts aus den linksrheinischen Gebieten haben. Dafür liefert sie neben anderen wichtigen Materialien Koks und Manganerze. Gesperrt ist auch die Ausfuhr der Saarkohle nach Süddeutschland. Infolgedessen werden in wenigen Tagen die Gasfabriken den Betrieb einstellen müssen. Die süddeutschen Städte haben dann weder Licht noch

Gaskochgelegenheit. Trotzdem fordert der Delegierte des Reichstages Koch die Lieferung von Koks, Kohle und Manganerzen in Mengen, die eine Förderung voraussetzen, wie sie bei größter Leistung üblich war. Angenommen, diese Forderungen könnten und würden erfüllt werden, die Folge wäre eine Ueberproduktion an Roheisen und Stahl. Weder die besetzten Gebiete noch Frankreich vermögen diese Produktionsmengen aufzunehmen. Einschränkung oder Stilllegung der Betriebe müßte eintreten. Zehntausende von Arbeitern kämen hier zur Entlassung. Das gleiche droht dem rechtsrheinischen Industriegebiet, wenn die Zufuhr von Erzen und Stahl, Braunkohle und Braunkohlenbriketts fernerhin unterbunden wird. Da weder aus militärischen noch aus politischen Gründen diese Maßnahmen und Forderungen gerechtfertigt sind, im Waffenstillstandsverträge nicht begründet sind, so wird ohne sachlichen Grund die Industrie und besonders die Arbeiterschaft sowohl im rechtsrheinischen Gebiet als auch an der Saar und in Elsaß-Lothringen und auch in Frankreich auf das schwerste geschädigt. Die Folgen einer derartigen Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen, politisch bewegten Zeit in einem wirtschaftlich zusammenhängenden Gebiet sind nicht abzusehen. Die einseitige, nur scheinbar dem Interesse der Industrie in den besetzten Gebieten dienende Forderung der Franzosen konnte deswegen von der deutschen Delegation nicht erfüllt werden.

Aus Nahe und Fern.

Lichtenstein, 19. Dezember.

* **Militärisches.** Als weitere Einquartierung trifft heute oder morgen die 2. Kompanie vom 6. sächs. Inf.-Reg. 85 hier ein, die am Dienstag in Brüggel (Schl.) verladen wurde. Die Mannschaften kommen in Lichtenstein zur Aufstellung, sie werden auf Sälen und in Bürgerwohnungen auf einige Tage untergebracht.

* **Eine weitere Einschränkung des Zivilpersonenverkehrs** auf den Bahnen um 50 Prozent soll, wie verlautet, in den allernächsten Tagen eintreten. Vom 17. bis 26. Dezember sind 100 Lokomotiven abzuliefern, vom 27. Dezember bis 6. Januar 1700 und vom 7. Januar bis 16. Januar wieder 1700 Anlokomotiven, wie bereits gemeldet, der Zivilverkehr vor neuem eingeschränkt werden müssen. Zur Vermeidung tritt diese Verkehrseinschränkung auf 50 Prozent des Personenverkehrs bereits vom 20. Dezember ab ein. Auch dürfen Zugsarten an Abfertigungen nur noch auf einen besonderen Antrag, der die Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit der Reise nachweist, verkehren. Militärszüge werden von Weihnachten ab um die Hälfte vermindert, ebenso erfährt der Güterverkehr eine bedeutende Beschränkung. Für Sachsen ist eine derartige Beschränkung bisher nicht erschienen.

* **Postverkehr.** Der Postverkehr dient zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, er verringert den Umlauf der Banknoten und mildert dadurch der allgemeinen Volkswirtschaft. Es ist für die kommenden Zeiten unbedingt notwendig, die vorhandenen Zahlungsmittel auf das notwendigste Maß zu beschränken. Mit dieser Aufgabe kann jeder Einzelne dadurch mitwirken, daß er sich ein Postcheckkonto eröffnen läßt. Die Stammeinlage beträgt jetzt nur noch 25 Mark. Alle Briefe zwischen dem Postcheckkonten und dem Postcheckamt werden portofrei befördert. Die Zahlkartengebühr 5 Pf. bis 25 Pf. und 10 Pf. über 25 Mark ist jetzt vom Abdruck der Zahlkarte, also nicht mehr wie früher vom Kon-

Sei wie eine Blume.

Roman von Erich Ebenstein.

36. Nachdruck verboten.
Eugenie antwortete lachend, rief der alte Baron lebhaft: „Magers? Dr. Richard Magers? Aber der hat ja erst kürzlich ein höchst interessantes Buch über Kreuzungen in der Pflanzenwelt veröffentlicht. Ich hatte es gestern in der Hand und es brachte mich eigentlich auf die Idee, wie könnten es auch hier mit einer neu entdeckten Art zu tun haben. Den kennen Sie, Fräulein Herber?“
Eugenie war tief erblüht.
„Nur flüchtig“, sagte sie verwirrt. „Er ist Kultusminister der Wendenbrucher Stadtbibliothek, wo ich zuweilen Bücher entlehnte.“
„Von war weder ihr Ervater noch ihre Verwirrung entgangen. Es blühte triumphierend in ihren Augen auf. Vielleicht war dies ein Weg, die lästige Spionin anderweitig zu beschäftigen.“
„Dann könnten Sie Ihrem Freunde ja von der Sache schreiben, Fräulein, und ihn um seine Meinung befragen.“
Ein erwidertes Blick traf sie. Dann mürrisch Eugenie noch verwirrt: „Dr. Magers ist nicht mein Freund, und ich stehe in gar keinen Beziehungen mehr mit Wendenbruch. Ich glaube, er würde es sehr schmerzlich finden... auch der Sache selbst wäre es kaum förderlich, wenn ich — ihm schreibe.“
Genau das — nämlich, wie Eugenie ängstlich mit dem Manne stand — hatte von erfahren wollen.
„Wenn es so ist“, sagte sie harmlos lächelnd, „dann schlage ich vor, daß Du selbst ihm schreibst, Papa! Schließlich muß diesen Herrn die Sache ja ganz

besonders interessieren, wenn er über dies Gebiet ein Werk geschrieben hat.“

„Sofortlich. Uebrigens werde ich wenigstens den Versuch machen, ihn dafür zu interessieren. Ist es ein noch junger Mann, gnädiges Fräulein?“

„Ja.“

Damit war die Sache vorläufig erledigt.

Als Flora zwei Stunden später Eugeniens Zimmer betrat, um sie zu einem Spaziergang abzuholen, fand sie die Freundin in tiefes Nachsinnen verfallen.

Zwei Briefe lagen in ihrem Schoß. Der eine war von Eugeniens Vater und enthielt die Nachricht, daß er seit einiger Zeit nicht recht wohl sei, sich aber leider nicht schonen könne, denn sie hätten das Haus voll Gäste — Verwandte der Frau Präsidentin — weshalb auch der Sommerurlaub abgeköpft werden müsse.

Der andere war aus Wendenbruch von Tante Anna. Sie machte darin Eugenie noch einmal bittere Vorwürfe, daß sie nicht auf ihr Telegramm, einen Tag nach der Abreise, sofort zurückgekehrt sei.

Morland war doch so verächtlich gekümmert und hätte dir sicher alle möglichen Konzessionen gemacht. Ich bin der prachtvolle Kolonialfrank, der noch am Tag deiner überstürzten Abreise kam, war ein Beweis, daß er Frieden machen wollte! Und unsere

Umsprache am nämlichen Abend war direkt rührend. Du wärst du doch dann gleich gekommen! Jetzt ist natürlich alles verfahren. Dem Stillschweigen hat ihn tief verkehrt und die alte Morland hat es der Geliebten strahlend anvertraut, daß er nun gottlob wieder zu seiner alten Liebe zurückgekehrt sei.

Ich bitte dich: Daß seine alte Liebe! Es ist ja

zum Lachen! Als ob nicht jedermann wüßte, daß es nur ihr Geld ist, was ihn anzieht! Na du bist selbst Schuld!

Uebrigens scheint in Wendenbruch jetzt das Sozialen Mode werden zu wollen. Dr. Magers soll sich um die kleine Reith vom Major Reith — der alte ist leidenschaftlicher Botaniker und die Tochter hilft ihm dabei — bewerben. Zeit hätte sie ja zum Heiraten. Sie ist reichlich sechs — oder siebenundzwanzig, also höchstens ein paar Jahre jünger als er. Und er ist, da er Privatvermögen besitzt, eine sehr gute Partie...“

Eugenie las den Satz wieder und wieder. Und das Wort das dabei ihr Herz bestürmte, zwang sie auf einmal zu erkennen, was sie bisher nicht hatte sehen wollen: daß gerade dieser Mann, der ihr nie ein Liebeswort gesagt, sich kaum um sie bekümmerte, ihr teurer war als alle anderen — viel, viel teurer, als ihr Erich Morland je gewesen war...“

„Eugenie“, sagte Flora, die bisher schweigend neben ihr hingegangen, „ich muß dir etwas Bestimmtes mitteilen, das ich mir in keiner Weise erklären kann. Du weißt, meine Tante, die nun zwei Jahre bei mir ist, stammt aus Bielitz in Schlesien und versteht sehr gut Polnisch.“

„Ja. Was ist mit Tante Anna?“

„Sie war heute kurz nach Tisch im Park und sah da plötzlich die alte Wawra, Louis Falkowas, das sie aus Mählen mitgebracht hat, verflohen längs der Mauer hinschleichen. Neugierig wie alle ihres Schlages, folgte sie ihr ungesehen, bis plötzlich Wawra an einem entlegenen Plage haltmachte.

...kaber zu begehren. Die Ueberweisung von einem Postcheckkonto auf ein anderes werden völlig geordnet ausgeführt und bieten zugleich den Vorteil auf den Abschnitten eine Mitteilung über den Zweck der Zahlung usw. an den Empfänger gelangen zu lassen. Außerdem kann aus einem Postcheckkonto auch Zahlung an solche Personen geleistet werden, die noch kein Postcheckkonto besitzen. Der Einwand, daß ein Postcheckkonto für Personen mit geringem Zahlungsverkehr nicht in Betracht komme, ist nicht richtig. Anträge auf Eröffnung eines Postcheckkontos werden von jeder Postanstalt kostenlos entgegengenommen. Bei der Eröffnung eines Kontos erhält jeder Teilnehmer eine gedruckte Anleitung, die ihm über die Benutzung für alle vorkommenden Fälle Auskunft gibt. Weitere Auskunft wird außerdem an jedem Postschalter erteilt.

Stadtverordneten-Sigung. Das Ortsge-
setz der Stadt Lichtenstein über die Wahlen von
Stadtverordneten ist gestern nach Beratung durch
das Kollegium angenommen worden. Der Wahl-
tag wurde auf den 19. Januar 1919 festgesetzt.
Die Stadt Lichtenstein ist in 4 Wahlbezirke eingeteilt,
Wahlkommission der Bürgermeister. Gewählt wird
nach dem Verhältniswahlsystem unter Zulassung
von gebundenen Listen. Die Zahl der Stadtver-
ordneten, auch Frauen sind wählbar, bleibt auf
15 beschränkt; gewählt wird das Stadtparlament
auf die nächsten 3 Jahre, der Unterschied zwischen
Anfänglichen und Unanfänglichen fällt weg, auch die
Bestimmung, daß alljährlich $\frac{1}{3}$ der Stadtverord-
neten auszuschieden hat. Die Einwohnerschaft
wird noch durch kleinere Sätze in den Zeitungen
über das neue Ortsgesetz näher aufgeklärt werden.
2. Für die Kriegserwerbslosen-Fürsorge ist ein pa-
ritätlicher Ausschuss einzusetzen. Der Rat und die
Stadtverordneten haben die bisherigen Mit-
glieder des Kriegshilfe-Ausschusses für den neu
zu bildenden Ausschuss gewählt. 3. Zum
Vortag kommt ein Schreiben des Bezirks-
verbandes Glauchau, wonach die Gemeinden des
Bezirks darauf hingewiesen werden, in den nächst-
jährigen Haushaltsplan eine größere Summe für die
Bezirkssteuer einzusetzen. Wir haben also mit
einer wesentlichen Erhöhung dieser Steuer zu rechnen.
4. Zur Anlegung und zum Einrichten von
Schrebergärten wurden nach Beschluß des Bauaus-
schusses 6900 Mk. bewilligt. Die Schrebergärten
werden in der sog. Gemeindebrache an der alten
St. Egidieners Straße angelegt. 5. Zur Ausführung
von Notstandsarbeiten werden noch der Rats-
vorlage 25 000 Mk. als Berechnungsbetrag bewilligt.
Zunächst ist geplant, hinter dem Bahnhof noch
einem früheren Bebauungsplan, Straßenbauten
ausführen zu lassen, hierauf folgte eine nicht-
öffentliche Beratung.

Die Entlassungsgebühren. Bei dem
sächsischen Ministerium für Militärwesen gehen jetzt
zahlreiche Gesuche von früheren Unteroffizieren
und Mannschaften ein, die vor dem 6. 11. 18 aus
dem Heeresdienst entlassen sind und nun um nach-
trägliche Bewilligung der aus Anlaß der Demobilis-
ierung festgesetzten Entlassungsgebühren —
einmaliges Entlassungsgeld von 50 Mk., Marsch-
geld von 15 Mk. — und namentlich um unent-
geltliche Ueberlassung eines Entlassungsanzuges
bitten. Das Ministerium für Militärwesen weist
deshalb darauf hin, daß diese Gebühren nur den
am 9. November 1918 oder später Entlassenen be-
willigt werden dürfen. Eine Aenderung dieser
von der Reichsleitung getroffenen Bestimmungen
einseitig für Sachsen ist nicht angängig. Die Be-
rückichtigung der Gesuche ist aber um deswillen

undurchführbar, weil bei dem jetzt vorliegenden großen
Bedarf an Entlassungsanzügen, der sich bei der
Rückkehr der Feldtruppen noch ganz außerordent-
lich erhöhen wird, die vorhandenen Bestände gar
nicht ausreichen würden. Auch ist zu berücksich-
tigen, daß die früher Entlassenen bereits im Besitz
von Zivilkleidung sind, während die Beschaffung
solcher Kleidung für die jetzt in großen Massen
zur Entlassung kommenden Mannschaften bei den
Verhältnissen auf dem Kleidermarkte auf größte
Schwierigkeiten stoßen, wenn nicht überhaupt
ganz unmöglich sein würde.

Erhöhung der Bahntarife. Die Zusammen-
kunft aller deutschen Eisenbahnverwaltungen hat der
Münchener-Augsburger Abendzeitung nachgeschloffen,
die Gütertarife um weitere 60 % zu erhöhen,
sodas mit den kürzlich beschlossenen 15 % die
Gesamterhöhung 75 % beträgt. Auch die Personen-
tarife sind erhöht worden und zwar nach den
einzelnen Klassen abgestuft. Dem Vorschlage des
bayerischen Verkehrsministeriums, das Vierklassen-
system im Personendverkehr fallen zu lassen und
dafür das Zweiklassensystem einzuführen wurde
von den übrigen deutschen Bahnverwaltungen
zugestimmt.

Baugen. (Truppeneinzug.) Die Rückkehr des
Baugener Stammregiments (Infanterie-Regt. 103)
erfolgte am Dienstag vormittag. Es trafen zu-
nächst 867 Mann der älteren Jahrgänge und 19
Offiziere hier ein.

Chemnitz. (Ueber den Verkehr mit Kriegs-
gefangenen) erläßt der hiesige Polizeipräsident Dr.
Harnisch eine beherzigenswerte Bekanntmachung, in
der es heißt: Infolge des Waffenstillstandes hat
auch den fremden Kriegsgefangenen größere Be-
wegungsfreiheit eingeräumt werden müssen. Aus
diesem Anlaß sind Zweifel über die Weitergeltung
der Bestimmungen entstanden, die den Verkehr der
Bevölkerung mit Kriegsgefangenen unter Strafe
stellen. Es wird darauf hingewiesen, daß die
Rechtsprechung deren Weitergeltung bejaht. Aber
ganz abgesehen hiervon, kann angesichts zahlreicher
skandalöser Vorkommnisse der letzten Zeit und
vieler Fälle demütigen, würdelosen und frivolen
Verkehrs mit Kriegsgefangenen nicht nachdrücklich
genug darauf hingewiesen werden, daß solcher
Verkehr dem tief genug gesunkenen Ansehen unseres
Volkes unendlich schadet, das Selbstbewußtsein aller
Deutschen aufs Schwerste verletz, die Würde der
deutschen Männer und insbesondere der deutschen
Frauen schmachtvoll in den Kot zieht. Der ver-
kennt völlig den hohen Gedanken der Völker-
gemeinschaft, des Völkerfriedens und des gemein-
samen Menschentums, der auf nationale Selbständig-
keit und Größe, auf Anerkennung der Würde
seines Volkes und auf dessen makellosen Ruf ver-
zichtet und sein Volk bewußt oder unbewußt dem
Spott und den Gelächern Fremder preisgibt. Tief-
betäubend ist, daß in dieser bitteren Zeit des
Verfalls, der Not und der Gefahr noch erforderlich
erscheint, einzelne Frauen und Mädchen daran zu
erinnern, daß sie sich durch selbstvergessenen Verkehr
mit Kriegsgefangenen von der Gemeinschaft deutscher
Zucht und Sitte ausschließen, und durch Preisgabe
ihrer weiblichen Würde und Tugend das Deutschland
und edelstes Menschentum zugleich verletzen!

Dresden. (Truppen-Einzug.) Unter großem Jubel
der Bevölkerung zogen gestern die 23. Infanterie-
Division, die beiden Grenadier-Regt. 100 und 101,
das Schützen-Regt. 108, das Feldart.-Regt. 12, das
Fußart.-Regt. 19 und das Pionier-Batl. 12 hier
ein, herzlich begrüßt von den Behörden, dem Sergeant
Paul Goldberg, Mitglied des Volkzugsausschusses,

und dem Volksbeauftragten Frähdorf. In machiger
Borten dankte General Krug v. Nidda für den
freundlichen Empfang.

Bankhaus Byer & Heinze,

Lichtenstein-Collnburg,

Badergasse 6

Hauptgeschäft Chemnitz Schwetzerstraße Burgstraße

Stahlkammer

unter Mitverschluss der Mieter.

Kleine Fächer 3 — Mk. jährlich.

Leipzig. (Ein seltsame „Amtliche Bekannt-
machung“.) Den Leipziger Blättern ist die Ver-
pflichtung auferlegt worden, eine „Amtliche Be-
kanntmachung“ des Leipziger A. und S.-Rates zu
veröffentlichen, die sich gegen eine irrtümliche Dar-
stellung des „Leipziger Tageblattes“ über den
Truppeneinzug richtet und nach Form und Inhalt
als recht seltsam angesehen werden muß. Die Be-
kanntmachung bezeichnet den Bericht des „Tage-
blattes“ glattweg als Lüge und schließt mit den
Worten: „Also, betrübter Lohgerber vom „Tage-
blatt“, schau in den Spiegel und betrachte dein
ignuges Gesicht!“

Zwickau. (Eine Gegenerklärung der Mehrheits-
sozialisten.) Die aus dem Zwickauer A. und S.-
Rat ausgetretenen Mehrheitssozialisten veröffent-
lichen eine Gegenerklärung in der es u. a. heißt:
Die von uns geforderte Neuwahl des Arbeiterrats
ist durch den ablehnenden Beschluß, der nur durch
die unberechtigte Teilnahme einiger Mitglieder des
Soldatenrates an der Abstimmung zustande kam,
veretelt worden. Unser Verantwortlichkeitsgefühl
läßt es infolgedessen nicht mehr zu, ein Amt von
so einschneidender Bedeutung, wie es das eines
Arbeiterrates darstellt, ohne vorherige Befragung
der Arbeitermassen weiter auszuüben. Auf unserer
Seite steht das Recht, auf der anderen die Gewalt.
Möge die Arbeiterschaft selbst entscheiden, auf wel-
cher Seite sie sich schlagen will. Wir sehen diesem
Urteil mit größter Seelenruhe entgegen.

Bermischtes.

Schiebung von Heeresgütern. Aus Os-
nabrück wird geschrieben: Der militärisch-polizeilich-
lichen Ueberwachungsstelle ist es gelungen, Heeres-
gut im Werte von etwa 1 Million Mark, dessen Ver-
schiebung im Wege des Schleichhandels stattfinden
sollte, für die Allgemeinheit zu retten. Ein Beam-
tenstellvertreter und 2 Grenadiere einer aus dem
Jahre zurückgehenden Divisionsmarken-Regiment
mit Hilfe gefälschter Papiere, die sie sich gegenseitig
ausstellten, einen ihnen anvertraut u. m. t. Markten
den waren beladenen Wagenzug verkauft, um den Er-
lös für sich zu behalten. Der genannten Dienst-
stelle gelang es im letzten Augenblick, den größten
Teil der Waren zu beschlagnahmen und der Heeres-
verwaltung wieder zuzuführen. Auch das aus

Floras Anblick sein Gewissen nicht zur Ruhe kom-
men ließ.

Das Kind war ja nun gottlob bei der Mutter auf-
geborgen. Er rang sich vielleicht fern von Einöd
leichter zur Klarheit eines Entschlusses durch . . .
wenn Lous Augen keine Sinne nicht mehr von neuem
verwirren konnten.

Es war das erste Mal, daß er eine solche Einladung
angenommen hatte, und eigentlich hatte er gescheit-
let, Lous despotische Leidenschaft werde ihm gerade
jetzt ein Fortgehen übernehmen. Sie mußte fäh-
ten, daß es eine Art Flucht war.

Selbstmitleid nahm sie es ganz freundlich auf.
„Sch mir“, sagte sie, „alles ist mir lieber, als Dich
bei Tisch neben Flora sitzen zu sehen! Ich kann es
nun einmal nicht ertragen!“

Auch Flora atmete erleichtert auf, als sie ihre
fortfahren sah. Nun gehörte Willy ihr und sie brauch-
te nicht mehr zu zittern, beim Betreten des Kinderzim-
mers etwa den Vater des Kindes dort zu finden.

Eugenie konnte daher ihre freie Zeit nach Belieben
verwenden. Sie tat es, indem sie sich mit ganzer
Seele wieder ihrer schriftstellerischen Tätigkeit wid-
mete.

Nachmittags holte sie sich aus dem reichen Schatz
der Schloßbibliothek Bücher und las lebend auf ihrem
Zimmer. Man sah sie nur zu den Mahlzeiten.

Die Abende verbrachte sie gemeinsam mit Flora
bei dem alten Baron, der etwas lebend war und sein
Zimmer nicht verließ. Diese durch des Hausherrn
großes Wissen, seinen scharfen Verstand, und eine kl-
tene Milde im Urteil genährte reiche Stunden be-
deuteten für Eugenie etwas Kostliches.

Fortsetzung folgt.

und sich wußte. Im nächsten Augenblick stand
ein ziemlich zweifelhaft aussehendes Individuum ne-
ben ihr und beide gingen einen politischen Dis-
kurs an. Joseph, die sich vorsichtig immer näher
heranrückte, hörte wie die Alte den „quädeligen
Herrn“ — so nannte sie ihn — bat, sich doch ja recht
still und verborgen zu halten, bis die „Derrin“ —
damit kam nur Lou gemeint sein — hier alles in
Ordnung gebracht hätte. Aber er wisse ja, — so
wie in Petersburg ginge das hier nicht, und darum
solle er das Versprochene nur recht bald bringen. Hier
sei auch das Geld für den quädeligen Herrn. Dabei
gab sie ihm ein Kuvert und der Alte sagte schmun-
zelnd, es sei schon gut, er verstände die Lage ganz
gut und werde schon alles Nötige besorgen. Dann
trantten sie sich. Der Mann ging aufwärts gegen
den Wald zu, die Alte nach dem Schloß zurück. Jo-
sepha war von beiden nicht bemerkt worden. Was
sagst Du nun dazu?

„Daß es sehr merkwürdig ist! Aber sicherlich ist
diesem alten verkommenen Polen, der aussieht wie
ein Vandal, nichts Gutes zuzutrauen.“

„Du irrst ihn!“
„Ich sah ihn heute morgen, nachdem ich mit
Deinem Schwiegervater an der Schonung war, und
kam eben dazu, als er wie ein Geist vor Deiner
Schwägerin auftauchte. Sie war anfangs zu Tode
erschrocken, sprach aber dann, wie mir schien, sehr
vertraulich und eifrig mit ihm.“

„Aber wer kann es sein?“
„Vielleicht ein Verwandter? Sagtest Du mir
nicht einmal, sie kommen aus einer herabgekome-
nen Familie?“

„Ja, aber all ihre Verwandten sind tot — we-

nigstens sagt sie so. Eben weil sie gänzlich allein
und mittellos dastand, wollte sie sich zur Bühne
ausbilden.“

„An Deiner Stelle würde ich alles Deinem Schwie-
gervater sagen. Er wird am besten herausbringen,
wer der Mensch ist und was er hier zu suchen hat.“

„Aber wir würden nie erfahren, was er mit Lou
hat, denn sie würde einfach leugnen, ihn zu ken-
nen! Sie ist eine Meisterin der Verstellungskunst.
Ich habe nie einen Menschen so kaltblütig und miß-
trauisch liegen sehen wie sie, und gerade ihre Bezieh-
ungen zu dem Mann interessieren mich am meisten.
Was meint sie mit dem „hier alles in Ordnung bring-
en“? Was geht nicht so, wie in Petersburg? Nein
— wir müssen warten und beobachten. Josephas Au-
gierde ist geweckt und schon aus Anhänglichkeit an
mich wird sie fortan der alten Polin nachspüren.
Vielleicht erfahren wir so etwas Nützliches.“

„Oder auch nur — Dienstbotenmissetat!“
„Ich möchte es diesmal doch darauf ankommen
lassen.“

15.

Die Stille des Vormittags lag über Schloß Einöd.
Es war die stillste Zeit des Tages. Frau Lou lag
dann entweder irgendwo träge in einer Säugematte
im Park und las oder sie machte, wie in der letzten
Zeit meist, lange Spazierritte, von denen sie erst knapp
vor Tisch nach Hause kam.

Baron Heinrich war seit einigen Tagen verzeilt.
Ein Freund hatte ihn zur Jagd eingeladen und er er-
griff begierig diese Gelegenheit, von Einöd fortzukom-
men, wo ihn Lou fortwährend zu Entscheidungen
drängte, die seiner innersten Natur widersprachen, u.

Dem Erlös bereits verkaufter Waren erzielte Geld konnte den Schiefern abgenommen werden.

Ein bemerkenswerter Garnisonbefehl.
Nach der Rückkehr des Infanterie-Regiments 55 in eine Garnisonstadt Detmold erließ der Kommandeur Major Plas im Verein mit dem Soldatenrat seines Regiments folgenden aufsehenerregenden Garnisonbefehl: „Ich bin an der Spitze des Inf.-Regt. Graf Bülow von Dennewitz (6. Westf.) Nr. 55 in die Garnisonstadt Detmold eingerückt und habe die Kommandogewalt über den hiesigen Bereich übernommen. Bei Ausübung meiner Tätigkeit stehen mir die Soldatenräte meines Feldregiments beratend zur Seite. Anderweitige durch die Revolution geschaffene militärische Organisationen sind hiermit ihrer Machtbefugnis enthoben. Gemäß den Weisungen der Vorkriegsregierung haben Offiziere ihre Abzeichen und Waffen zu tragen und sämtliche Mannschaften sind zu unbedingtem Gehorsam den Vorgesetzten gegenüber verpflichtet. Entlassene Mannschaften haben die Abstellkappen von ihren Uniformen zu entfernen. Noch einstuimmiger Willensäußerung sämtlicher Mitglieder der Soldatenräte des Feldregiments und im Interesse des sozialen Friedens und der Ordnung wird das Tragen von roten Fahnen auf Reichs- und Staatsgebäuden verboten. Das Regiment will, daß die Reichs- und Landesfarben, für die es 4 Jahre im siegreichen Angriff und später Abwehr sein Bestes gegeben hat, es auch jetzt beim Empfang in die Heimat willkommen heißen.“

Die Verluste eines Regiments. In Münster hielten die 13er ihren Einzug. Der Kommandant hielt dabei eine Rede, in der er sagte: Nur eine kleine Zahl ist es, die heute in die Heimat zurückkehrt, die meisten von uns bedeckt Frankreichs Erde. Etwa 100 Offiziere und über 3100 Mann sind gefallen. Sie ruhen in fremdem Boden. Etwa 200 Offiziere und 11750 Soldaten sind durch Verwundung oder Krankheit aus dem Regiment ausgeschieden.

Treibjagd mit Maschinengewehren. Im Fürstentum Wildpark bei Pforzen in Baden haben widerliche Soldaten mit Maschinengewehren eine Treibjagd veranstaltet und große Verheerungen in dem Wildbestand angerichtet. Hunderte von Hirschen wurden niedergemacht. Auch unter den Treibern gab es Verwundete und Tote.

Niesenflug. Daily Mail meldet: Ein riesiges Handels-Post-Flugzeug, welches ursprünglich entworfen wurde, um Berlin zu bombardieren, flog aus Spitzdorf auf, um eine Flug nach Delhi in Indien zu unternehmen. Die Strecke beträgt 5800 englische Meilen und wird in acht Stationen zurückgelegt. Das Flugzeug führt 1200 Gallonen Benzin und sechs Passagiere.

Niefige Kleiderbestände beschlagnahmt. In München nahm letzter Tage das bayerische Kriegswirtschaftsamt in den Geschäftsräumen der Herrenkleiderfabrik von Fridor Bach eine Geschäftskontrolle vor, die ein reiches Lager zurückgehaltener Herren-, Damen- und Knabenkleidungsstücke zutage förderte. Es wurden Waren noch aus dem Jahre 1914 vorgefunden, im ganzen etwa 30000 Stück. Außerdem wurde ein Lager von Bauerneinwand vorgefunden, um durch deren Verkauf von der Landbevölkerung Lebensmittel zu bekommen. Nach den bisherigen Erhebungen erzielte Bach seit Kriegsbeginn riesige Uebergewinne, die zwischen 200 und 700 v. S. schwankten. Die gesamten Lager wurden beschlagnahmt.

Tragisches Geschick. Die 45 Jahre alte Frau Regina Krenna hatte sich in Berlin zu der für sie zuständigen Brotkommission begeben, um Lebensmittelkarten zu holen. Unterdessen waren Soldaten der Bürgerwehr, deren Räume im vierten Stockwerk desselben Hauses lagen, damit beschäftigt, Gewehre dort aufzustellen. Hierbei entlud sich ein Gewehr und die Kugel ging durch zwei Decken hindurch und traf die in der Brotkommission wartende Frau Krenna in den Kopf. Die Getroffene wurde auf der Stelle getötet.

Gingefandt

Unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Zu eure Pflicht!

Unsere Pflicht als deutsche Christen ist es, gegen ein Flugblatt der Deutschnationalen Volkspartei ganz absonderlicher Art Stellung zu nehmen. Das Flugblatt macht die Deutsche Demokratische Partei zur Partei des Mammonismus. Welch' eine Verbrechen und bewußte Fretführung! Während jeder Mann im Volke doch weiß, daß gerade im Gegenteil hinter der Deutschnationalen Volkspartei der schlimmste Mammonismus steht, wo doch diese Partei die ehemaligen Konservativen, die Vaterlandsparteiler, die „Deutschen“, also das Großagrariertum, die Schwerindustrie, das Großkapital, d. h. die durch den Weltkrieg vollständig bloßgestellten Kreise, um sich sammelt.

Wir fragen das Volk: „Wer hat mit „schillernden Schlagwörtern“ und „leeren Versprechungen“, „Steinen auf Brot“ gearbeitet die Jahre her, das Volk belogen und betrogen und ausgebeutet? Wer war die stärkste Stütze des Militarismus, der uns das nationale Unglück gebracht? Dieselben Leute, die sich jetzt die „einzige, wahrhaft deutsche Partei, die Deutschnationale Volkspartei“ zu nennen wagt. Welch' eine Ueberhebung, Welch' eine Unmahnung!

Wir Demokraten kennen keinen schlimmeren Hochmut als den religiösen. Umso mehr verdammen wir ihn, wenn er sich nicht einmal scheut, mit Verbrechen verwerflicher Art zu arbeiten. Wer will denn unserm Volke die Religion Jesu aus dem Herzen reißen? Wer will denn „christliche Arbeit und Liebestätigkeit, christliche Gesinnung“ in unserem Volke beseitigen? In welchem demokratischen Programm steht das geschrieben? Ihr nennt uns Ungläubige, Antichristen, Juden, Heiden. Es ist Gottes Sache, nach dem Glauben, der Menschen Sache, nach den Werken zu richten. Wir verurteilen dieses Pharisäertum, dem lieben Nächsten in sein innerstes Heiligtum, in sein religiöses Empfinden zu greifen.

Ihr nennt euch die „allein christliche Partei“! Wie sagten die Hellenen? Wir sind die Liebhaber der Götter, ihr seid die Barbaren!“ So macht ihr Gott zur Partei! Mag es dem Gefühl eurer Mäven auch hundertmal widerstreben — Gott ist eben Gott und nicht Götze, nicht Häuptling einer Partei von Streitenden. Und ihr sagt: „Jesus Christus, unser Heiland und Herr fordert es. Wählt Deutschnational! Gott will es!“ So zieht ihr Gott, euren Gott, auf die Gasse herunter, stellt ihn hinein in das lärmende Parteigezänk und rühmt euch auch noch, aus Gottes Händen ein Mandat erhalten zu haben! Deutsche demokratische Partei Ortsgruppe Lichtenstein.

Mitteilung

aus der Sitzung des Gemeinderates zu Müssen St. Jacob vom 12. Dezember 1918.

Vor Eintritt in die Tagesordnung heißt der Herr Vorsitzende das Gemeinderatsmitglied, Herrn Albert Freitag herzlich willkommen. Herr Freitag hat den Krieg von Anfang bis Ende mit durchgemacht und ist heil in die Heimat wieder zurückgekehrt. Auch die Vertreter vom Arbeiterrat begrüßte er.

1. Als Besitzer für das von der Amtshauptmannschaft zu gründende Mieteinigungsamt im Amtsgerichtsbezirk Lichtenstein werden gewählt: als Hausbesitzer, Herr Emil Schneider und als dessen Stellvertreter die Herren Oskar Geisner, Frohwald Blauhut und Gemeindevorsteher Paul Göbe; als Mieter, Herr Geschäftsführer Emil Rudolph und als dessen Stellvertreter die Herren Fritz Köber, Maurer, Max Weber, Bergarbeiter, Richard Vahz, Contorist.

2. Zur bevorstehenden Gemeinderatswahl wird beschlossen:

- a) den Wahltag auf Sonntag den 2. Februar 1919 festzusetzen,
- b) den Ort in zwei Wahlbezirke einzuteilen,
- c) in den Gemeinderat 18 Vertreter zu wählen.

Ein entsprechendes Ortsgesetz soll nach Eingang der näheren Erläuterungen vom Ministerium baldigst aufgestellt werden.

3. Ein entsprechender Nachtrag zum Ortsgesetz, in welchem die im Jahre 1917 beschlossene Behaltsregelung des derzeitigen Gemeindevorstandes festgelegt wird, findet Genehmigung.

4. Mit Rücksicht auf die herrschende Kohlenknappheit wird die Dienstreise im Gemeindeamt für die Zeit vom 15. Dezember 18 bis 15. April 1919 von vorm. 8 bis halb 1 Uhr und von nachmittags von halb 2 bis nachmittags 5 Uhr festgesetzt.

5. Drei Steuererlässe finden entsprechende Erledigung.

6. Die Auswahl der zum Verkauf kommenden sogena. Gemeindeflecken wird dem Bauaufsicht übertragen. In erster Linie sollen diejenigen Leute berücksichtigt werden, die die Grundstücke bereits gepachtet haben, d. h. wenn sie bereits Haus- bzw. Grundstücksbesitzer sind. Der Preis für 1 Quadratmeter wird auf 50 Pfg., 1 Mark und 1.50 Mark festgesetzt. Der Gemeinderat behält sich zu diesem Verkauf seine entgeltliche Entschliebung vor.

7. Das Darlehnsgeuch eines hiesigen Einwohners wird zunächst abgelehnt; gleichzeitig wird

8. das Geuch des Bezirkschornsteinfegemeisters um Erhöhung der Lehrlöhne abgelehnt.

Darauf wird noch von einigen Mitteilungen Kenntnis genommen. Ueber die Ernährungsverhältnisse finden verschiedene Anfragen statt. Die nötigen Aufklärungen hierüber werden gegeben.

Briefkasten.

(S. Hohndorf.) Es muß 10% heißen.

Kirchennachrichten.

Lichtenstein.

Blaukreuzverein: Heute Donnerstag, den 19. Dez. abends halb 9 Uhr Versammlung. Wichtig. Kommen Aller sehr nötig!

Hohndorf.

Freitag abend 8 Uhr Gemeinschaftsstunde im Jugendheim.

Spielwaren noch zu billigen Preisen bei Ernst Krohn, Lichtenstein. Hauptstr.

Politische Volksversammlung.

Sonnabend abend 8 Uhr

im Ruytallpalast.

Referent: Frh. Dr. Ely Harnisch.

Deutsch-demokratische Partei, Ortsgruppe Lichtenstein-Collenberg.

Hierdurch erkläre ich, daß mein Name unter dem Lichtensteiner Flugblatt der — ehemals konservativ. ist — **Deutsch-nationalen Volkspartei** zu Unrecht steht. Ich stehe dieser Partei fern und nehme keine Anmeldungen für sie entgegen.

Emil Tischendorf.

Visiten- und Glückwunsch-Karten

in reicher Auswahl in der „Tageblatt-Druckerei.“

Beamten- und Arbeiterbund

für den Industriebezirk Gemarkung Kreisgruppe Lichtenstein. Freitag, 20. Dez. 8 Uhr in „Stobi Dresden“

Versammlung.

Die Tagesordnung betrifft besonders Lichtensteiner Angelegenheiten. Zahlreicher Besuch ist dringend erwünscht.

E. Krohn, Vorl.

Ein neuer Geh-Nuzug, ein Winterüberzieher und ein Klapphut zu verkaufen. Collenberg, Stadtrichter, Wernerstr. 178.

Rechnungs-Formulare sind vorrätig in der „Tageblatt-Druckerei.“

1 eiserne Bettstelle mit Matratze,
1 ledernes Sofa,
1 Tisch sowie etw Posten Flaschenweine, mehrere Sorten, preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Als Weihnachtsgeschenk

steht ein Harmonium zum Verkauf. Sehr gut erhalten, sowie im Ton. Zu erf. in der Geschf. d. Bl.

Kleine

Anzeigen

sind bei Aufgabe der Einfachheit halber sofort zu bezahlen. Die Geschäftsstelle des „Tageblattes“.

K.L.

Sonnabend u. Sonntag, den 21. und 22. Dez. Nicht nur sehr spannend ist der große Sensationsfilm:

Die Abenteuer d. Kapitän Hansen

auch sehr tiefgreifende Szenen werden den Beifall eines jeden Besuchers finden
Sonnabend um 5 Uhr Kindervorstellung, Pr. 10 Pf.
Sonntag 15 Pf.

altbare Hosenträger

empfehlen in großer Auswahl Karl Colditz, Lichtenstein.

Wand und Boden von Holz sind mit Kalkmilch zu bestreichen. Die von demselben Kalkmilch veranlaßte Milchsäure bildet in Lichtenstein.